Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 80 Pf. monatl., 2.70 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatl., 2.25 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Tel.-Anschl. { 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk.; Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften u. in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Fürsten. Inhaber: Paul Fürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 232. Dienstag, den 22. August 1911. 105. Jahrgang.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 16 Seiten.

Das Wichtigste.

* Die nationalliberale Landespartei in Bayern rechts des Rheins veröffentlicht ein äußerst scharfes Communiqué gegen den Erzbischof von Bettinger. (Siehe Letzte Dep.)

* An Stelle des in den Ruhestand versetzten Admirals von Truppel wurden Kapitän zur See Meyer-Waldeck zum Gouverneur von Kiautschau ernannt. (S. Dtschs. R.)

* Ueber die Konkurrenzklausel wird im Reichsjustizamt ein neuer Gesetzentwurf vorbereitet. (S. Dtschs. R.)

* Auf den meisten englischen Eisenbahnlinien ist der Betrieb wieder aufgenommen worden. Aus London wird das Fallen der Lebensmittelpreise gemeldet. (S. d. bes. Art.)

* Aus zwei belgischen Badeorten werden Zwischenfälle zwischen deutschen und belgischen Badegästen gemeldet. (S. Ausl.)

* Die spanische Regierung fordert die Oberhoheit über den Hafen von Ifni (Santa Cruz) vom Sultan von Marokko. (S. d. bes. Art.)

* In China ist eine neue weitverzweigte Revolutionsbewegung aufgedeckt worden. (S. d. bes. Art.)

Die Nordschleswiger.

Zum unendlichsten Male wird eine Verständigung Deutschlands und Dänemarks über die nordschleswigsche Frage angekündigt. Die „Preußischen Jahrbücher" haben jüngst eine in diesem Sinne gehaltene und auf einen hohen dänischen Staatsbeamten zurückgeführte Zuschrift gebracht. Weil gleichzeitig die konservativ-hofoffiziöse „Berlingske Tidende" und die radikal-kabinettsoffiziöse „Politiken" sich den Artikel angeeignet oder ihn wohlwollend besprochen haben, wird ihm um so größeres Gewicht beigelegt, wird womöglich in nächster Zukunft eine amtliche Erklärung erwartet, durch die sich die dänische Regierung feierlich von allen deutschfeindlichen Agitationen um unsere Nordmark herum lossagen soll.

Die Zuverlässigkeit der Meldung vorausgesetzt, muß man urteilen: es kann nicht schaden, unserer Sache nicht. Die dänische Regierung muß es ja mit sich selber abmachen, inwieweit sie durch ein derartiges Loyalitätsversprechen für die Zukunft ihre Loyalität in der Vergangenheit in ein schiefes Licht setzt. Die „nordschleswigsche Frage" an sich oder vielmehr die Nichtexistenz einer solchen Frage ist an sich klar genug. Das nordgermanische Volk mit seinem messerscharfen Verstande hat niemals die französischen Kindlichkeiten mitgemacht, eine freiwillige Rückgabe der eroberten Provinz um der „Völkerversöhnung" willen auch nur als Problem aufzustellen. Noch sicherer hatte selbst der einfachste Mann aus dem Volke begriffen, daß Dänemarks Ansprüche mit der bedingungslosen Abtretung der Elbherzogtümer an die siegreichen Großmächte durch den Wiener Frieden erledigt und auch nicht durch den fünften Artikel des Prager Friedens wieder aufgelebt waren, dieser vielmehr ausschließlich Oesterreich ein Mitbestimmungsrecht über das endliche Schicksal der nördlichsten Bezirke beließ. Wenn 1867 mit Dänemark Verhandlungen über die Ausführung des Artikels angeknüpft sind, so ist fast ein Zuviel an Entgegenkommen bewiesen; daß die Dänen nicht mit beiden Händen zugegriffen, sondern Schwierigkeiten gemacht, insbesondere die geforderten Bürgschaften für die deutsche Minderheit verweigert haben, war ihre ganz eigene Todsünde. Nachdem Oesterreich am 11. Oktober 1878 in die Beseitigung der einst grundlos von ihm geforderten und ebenso grundlos von Preußen zugestandenen Klausel eingewilligt hatte, war die „Frage" auch zwischen den beiden Vertragsmächten abgetan.

Was in der Schwebe blieb, waren einmal den französischen entsprechende Revanchehoffnungen, die sich an mögliche europäische Gelegenheiten anschlossen. Eine sichere Unterlage schienen ihnen die nahen Verwandtschaften des Königshauses mit dem russischen und dem englischen Hofe zu geben. Waren doch schon vor den Verschwägerungen diese selben Mächte es gewesen, die 1849 wie 1864 das deutsche Befreiungswerk aufs äußerste erschwert, das erste Mal verhindert hatten! In England trat der Einfluß der Prinzessin von Wales aus verschiedenen Gründen, auch wegen ihres ruhigen Temperamentes, zunächst weniger hervor. Desto ungestümer pochte die lebhafte Zarin auf die endliche Eröffnung „ihres kleinen Krieges", und es war wohl zumeist die bessere Einsicht der verantwortlichen Ratgeber des Selbstherrschers in die Tauglichkeit der russischen Machtmittel, die das Schwert schließlich doch in der Scheide festgehalten hat. Nachdem Rußland einen schweren Krieg verloren hat, und auch in England das Jahrzehnt abgelaufen ist, in dem dynastische Wünsche einer gewaltsamen Auseinandersetzung auch um nicht unmittelbar englischer Interessen willen hold schienen, dürften die letzten dänischen Hoffnungen zu Grabe getragen sein. Ihr äußeres Wahrzeichen hatte diese Wandlung schon durch das „Ostseeabkommen" vom April 1908 erhalten, mag schließlich dieser Vertrag gleich ähnlichen auch im wirklichen Ernstfalle zerreißbar sein wie das Papier, auf dem er geschrieben steht.

In der Nordmark selbst aber und ihrer dänischen Nachbarschaft hielten besonders die ungeregelten Verhältnisse der „Optantenkinder" lange Zeit die Wunde offen. Nach dem Erwerb Schleswigs war den dänischsprechenden und dänisch-gesinnten Einwohnern die Wahl ihrer Staatsangehörigkeit anheimgestellt, wie es ähnlich auch bei der Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Reichsgebiet geschehen ist. Hier wie dort haben die deutsch-preußischen Verwaltungen mit ziemlicher Strenge darauf bestanden, daß die Option effektiv, daß sie mit einer Uebersiedelung in das erwählte Vaterland verbunden werde. Allein der verwandschaftlichen, Berufs- und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Abgewanderten und den Zurückgebliebenen waren doch zu starke, als daß eine strenge Sperrung der Grenzen gegen das zurückflutende Dänentum durchgeführt werden konnte, und Perioden strafferer Anziehung der Zügel folgten immer wieder solche weitherziger Auslegung der festgestellten Normen. Schließlich ist — fast überflüssigerweise, da eigentlich Deutschland sein Hausrecht hätte behaupten sollen — ein Vertrag mit der dänischen Regierung über die Regelung dieser Streitfrage abgeschlossen.

Als er herauskam, wurde uns die endgültige Beilegung der deutsch-dänischen Gegensätzlichkeiten angekündigt. Ein Austausch von Besuchen der Staatsoberhäupter sollte das Siegel unter die Aussöhnung setzen. Diese Auffassung war natürlich übertrieben. Die sogenannten freundnachbarlichen Beziehungen waren längst in dem Sinne, den die Diplomatensprache als „Korrektheit" klassifiziert, hergestellt. Schon ein Jahr nach der Aufhebung des Artikels V hatte König Christian, wie es schien sogar am Vorabende eines drohenden deutsch-russischen Krieges, einen Besuch in Berlin abgestattet. Aber der allerletzte Rest der nationalen Mißvergnügtheiten war trotz allem noch nicht aus den lebendigen Säften des Volkskörpers ausgeschieden.

Darum fehlt uns auch für die allerjüngste Heilsbotschaft noch der Berge überwindende Glaube. Den guten Willen der dänischen Regierung halten wir in den ihm gebührenden Ehren und sind auch davon entfernt, den Zwang der Verhältnisse als seinen einzigen Bestimmungsgrund zu betrachten. Wir vergessen auch nicht, daß die als eigentliche Trägerin des Revanchegedankens anzusehende Landespartei seit einem halben Dutzend Jahren aus dem Regimente verdrängt ist, und die maßgebenden Kräfte der jetzt herrschenden bäuerlich-demokratischen Partei die Aussöhnung mit Deutschland schon zu einer Zeit forderten, da das Ministerium Estrup die Verfassung vergewaltigte, um seine Rüstungspolitik betreiben zu können.

Aber es fehlt immer noch eine Kleinigkeit, um den Punkt auf das letzte i des Verständigungswortes zu setzen: der gute Wille der Nordschleswiger und ihrer Vetterschaften in der Grenzzone. Wir können unsere Eindeutschungsarbeit in der Mark nicht aufgeben, bis die Zahl der dänisch Sprechenden und dänisch Denkenden auch in den nördlichsten Bezirken zur bedeutungslosen Minderheit herabgedrückt ist. Ebensowenig werden die Betroffenen ihren Widerstand, ihre nationale Agitation einstellen. Aber zähe, schwankungsfreie Fortführung des für recht und notwendig erkannten Verfahrens muß zuletzt der stärkeren Kraft zum Siege verhelfen. Zähigkeit gegen Zähigkeit und ruhiges Abwarten jedoch ist die unweigerliche Bedingung eines Erfolges. Man soll die Innerlichkeit des Nationalgefühles auch am Gegner anerkennen, aber auch der eigenen Sache vertrauen, nicht auf Störrigkeit schelten und nicht abwechselnd nach Verschärfung oder Milderung des „Dänenkurses" rufen, wenn noch durch eine Reihe von Wahlperioden hindurch ein einsamer Dänen-Parteiler das Reichstagsmandat von Hadersleben behauptet.

Die Aussichten des deutschen Außenhandels.

Gilt für die Oekonomie des Ackerbaues der Satz: „Der letzte Scheffel ist der teuerste", so gilt umgekehrt für die moderne Maschinen-Großindustrie der Satz: „Die letzte Elle ist die billigste." Aus diesem Grunde muß die Industrie besonderen Wert auf den Absatz der letzten Elle, das heißt: auf eine Erweiterung des Absatzmarktes bis zur Aufnahme einer größtmöglichen Menge von Produkten legen. Wenn durch die vermehrte Massenproduktion die letzte Elle, d. h. damit zugleich jedes einzelne Stück, billiger wird, dann kann diesem verbilligten Fabrikat auch im Ausland selbst wieder ein weiterer Kreis erschlossen werden. Die letzte Möglichkeit der Produktionssteigerung bietet aber nur die Mitbenutzung des äußeren Marktes. Erkennen wir die hierin begründete besondere Bedeutung des äußeren Marktes, so werden wir nicht bestreiten können, daß die Zukunft des deutschen Ausfuhrhandels eine noch über den prozentualen Anteil der Ausfuhrwerte an der Gesamtproduktion hinausgehende Pflege erheischt.

Wollen wir nun die Zukunftsaussichten des deutschen Außenhandels untersuchen, so werden wir zu scheiden haben zwischen den verschiedenen Hauptgebieten unserer internationalen Handelsbeziehungen.

Diejenigen Gebiete, mit denen Deutschland in regsten Handelsbeziehungen steht, sind: Großbritannien, Rußland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Südosteuropa und Süd- und Mittelamerika. Nach diesen Gebieten entfaltete sich der deutsche Handel in den Jahren 1908 und 1909 laut Ausweis des Statistischen Jahrbuches für 1910 folgendermaßen (in Millionen Mark):

	Einfuhr 1909	Einfuhr 1908	Ausfuhr 1909	Ausfuhr 1908
Großbritannien	1571	1389	1243	1255
Rußland	1386	964	507	521
Ver. Staaten von Nordamerika	1262	1283	605	508
Südosteuropa	917	912	950	939
Süd- und Mittelamerika	969	916	442	405
Daran schließen sich an:				
Nordwesteuropa	543	493	803	777
Frankreich und Kolonien	517	448	459	440

Faßt man den zentraleuropäischen Gürtel von Nordwest bis Südost zusammen, so zeigt sich daß dieser Landkomplex denjenigen des größten deutschen Gesamthandels bildet; und es ergeben sich für diejenigen Länder bezw. Ländergruppen, mit denen wir in einem jährlichen Warenaustausch von mehr als je einer Milliarde stehen, folgende Gesamtziffern:

	1909		1908	
Südosteuropa	1867	Millionen	1850	Millionen
Nordwesteuropa	1346	„	1270	„
zusammen zentraleuropäischer Gürtel	3213	„	3120	„
Großer-Britannien	2814	„	2644	„
Rußland	1893	„	1485	„
Vereinigte Staaten	1867	„	1791	„
Süd- u. Mittelamerika	1411	„	1312	„

Diese Länder insgesamt stehen demnach im deutschen Spezialhandel des Jahres 1909 mit rund 11,2 Milliarden unter den 15,1 Milliarden der ganzen Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Spezialhandel. Von den verbleibenden knapp 4 Milliarden entfielen auf den Gesamthandel mit Frankreich 976 Millionen, mit den drei nordischen Reichen 771 Millionen, mit Italien 577, mit der Schweiz 575, mit den niederländischen und belgischen Kolonien 241 Millionen. Alle anderen Länder kommen nur mit verhältnismäßig geringfügigen Beträgen in Frage.

Sieht in der Statistik unseres Außenhandels unter den einzelnen Ländern Großbritannien seit langem an erster Stelle, so ist es doch gut, daran zu denken, daß England für uns in sehr bedeutendem Umfange nur Zwischenhändler und bei sorgsamer Pflege unserer direkten überseeischen Handelsbeziehungen vielfach entbehrlicher Zwischenhändler ist. Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so müssen wir uns vor Augen halten, daß diese uns auf der ganzen Welt immer schärfere Konkurrenz zu machen sich anschicken, daß die aus Exporteuren ihrer Rohstoffe mehr und mehr zu Konsumenten derselben und zu Exporteuren von Fertigfabrikaten werden. Insbesondere muß unsere Textilindustrie mit der Tatsache rechnen, daß ihr der amerikanische Markt mehr und mehr eingeengt wird, Amerika selbst schon fast halb soviel Baumwollwaren exportiert wie importiert, und auch für die Rohstoffzufuhr Sorge getragen werden muß, nach Möglichkeit von der fast monopolistischen Stellung Amerikas auf dem Baumwollmarkt, freizukommen und andere Produktionsgebiete zu entwickeln.

Bei dieser Betrachtung des englischen und des amerikanischen Marktes und angesichts der den europäischen Exporteuren drohenden Gefahr, gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz auf dem ostasiatischen Markt immer mehr ins Hintertreffen zu kommen, gewinnen die Handelsbeziehungen zu den näher gelegenen Gebieten, insbesondere des zentraleuropäischen Gürtels, wieder an gesteigerter Bedeutung, zumal im Außenhandel der Mehrzahl unserer Nachbarländer der deutsche Handel an weitaus erster Stelle steht. Sie haben vielfach den deutschen Absatzmarkt für ihren Export schlechtweg nötig und brauchen auch für große Teile ihres Handels mit Uebersee Deutschland als Vermittler nötiger, als wir selbst beispielsweise England gebrauchen. In dieser Beziehung sagte kürzlich Dr. Gehrke in einer sehr instruktiven Abhandlung in Conrads Jahrbüchern: „Deutschland ist sozusagen ein Sammelbecken, ein Klärbassin, das den Warenstrom aus Mittel- und Osteuropa zusammenfaßt und ihn erst nach Reinigung, Veredelung weiterleitet und andererseits von Uebersee her Kolonialwaren und industrielle Rohstoffe heranzieht, um mit ihnen vor Ueberleitung in den Verbrauch Europas denselben Umwandlungs- und Veredelungsprozeß durchzumachen. Es genügen diese Beispiele schon, um zu zeigen, daß mit wenig Ausnahmen alle die Industrien, die gegenwärtig der Stolz Deutschlands sind, frische Lebenskraft und auch für ihre zukünftige Betätigung gute Aussichten besitzen. Das einzige ist: Sorge tragen, daß sie diese Lebenskraft nicht durch Verlust ihrer Absatzgebiete verlieren!"

Zur Ausnutzung dieser Verkehrslage sind wir hingewiesen auf die Sicherung des europäischen Marktes, die Schaffung eines größeren merkantilen Einflusses auf die uns unmittelbar benachbarten Staaten. Die Möglichkeiten dazu sind uns geboten durch die Ausnutzung besonderer Vorteile, die von der Natur unserem wirtschaftlichen Leben gegeben sind, wie beispielsweise in Gestalt unseres Naturmonopols in Düngesalz, und weiter durch besondere handelspolitische Begünstigungen der Nachbarn, beispielsweise durch Vorzugsbehandlung der galizischen Erdölindustrie.

Ein räumlich sich anschließender außereuropäischer Markt, dessen Pflege wir uns dringend angelegen sein lassen müssen, ist Kleinasien und der vordere Teil von Binnenasien, besonders das Verkehrsgebiet der Bagdadbahn. Wenn die Bahn gebaut ist und die der Gesellschaft verliehenen wichtigen Konzessionen für Bergbau, Schiffahrt, Bodenmelioration usw. ausgebeutet werden, läßt sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß Mesopotamien noch einmal zu hoher Blüte erwachen und sich wieder zum wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt von ganz Vorderasien aufschwingen wird. Da es jedoch arm an Kohle und Eisen ist, wird es sich in der Hauptsache auf die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte — Getreide und, als besonders wichtig für Deutschland, Baumwolle — beschränken müssen, während es auf die Einfuhr von Fertigfabrikaten der Großindustrie wohl stets angewiesen sein wird, und zwar besonders der Zweige, deren Ausfuhr Deutschland am meisten am Herzen liegt.

Alles in allem weist uns die Sorge um die Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft hin auf eine Zusammenfassung der zwischen der Nordsee einerseits, dem Schwarzen Meer und Mittelmeer sowie dem Persischen Golf andererseits wirkenden Kräfte, die auch politisch eine besonders wertvolle und sichere Stütze des Weltfriedens zu bilden berufen erscheinen.

Eine neue Revolutionsbewegung in China.

Die Verhaftung dreier südchinesischer Revolutionäre, die einen Bombenanschlag auf den durch sein scharfes Vorgehen beim letzten südchinesischen Aufstand bei der Bevölkerung mißliebigen Admiral Li-Chun geplant hatten, hat zur Aufdeckung einer neuen, weitverzweigten Revolutionsbewegung geführt. Im Besitz der inzwischen enthaupteten Attentäter wurden drei Proklamationen beschlagnahmt, die erkennen lassen, wie genau alle Einzelheiten des Revolutionsplanes bereits ausgearbeitet sind.

Die „Proklamation an das Volk" erinnert an die 4000 Jahre alte chinesische Kultur, die so manchem Angriff standgehalten hat, und führt aus, daß die chinesische Revolution ein vierfaches Ziel verfolgt. Die Mandschus, die seit 300 Jahren China geknechtet haben, müssen vertrieben werden. Eine neue Zentralregierung muß an die Spitze des Reiches treten. Die Republik mit einem vom Volk erwählten Präsidenten und einer demokratischen Verfassung soll entstehen. Unter Beibehaltung des persönlichen Eigentums wird ein Staatskommunismus angestrebt. Nicht mit einem Schlag, sondern durch eine mehrere Jahre währende staatliche Umgestaltung soll die Republik geschaffen werden. Die „Militärperiode" wird dem Sieg der Revolutionäre über die Mandschus folgen. Eine Militärregierung hat das Land mit eiserner Hand von allen Mißständen, ungerechten Steuern, drückenden Einrichtungen und veralteten Gebräuchen zu reinigen. Dann wird nach zwei Jahren das Volk einen Vertrag mit der Militärregierung schließen und während der dreijährigen Dauer dieses Vertrages wird die Zivilgewalt mit Unterstützung der Militärgewalt befestigt werden. Dann kommt — fünf Jahre nach der Revolution — die „konstitutionelle Periode". Die Militärregierung wird aufgelöst und China wird „die Republik der Mitte".

Die „Proklamation an die Mächte" gibt kurz den Plan, die Mandschus zu vertreiben, bekannt, und führt dann in sechs Artikeln aus: 1) Das chinesische Volk wird die zwischen China und den Mächten geschlossenen Verträge respektieren. 2) Das Volk erkennt die finanziellen Verpflichtungen Chinas, die es vor der Revolution eingegangen ist, an. 3) Die Rechte der Mächte werden respektiert werden; Leben und Eigentum der schon vor der Revolution im Lande ansässigen Fremden bleibt beschützt. 4) Das Volk erkennt dagegen keinerlei finanzielle Verpflichtungen der Mandschuregierung, die diese noch der Revolution abschließen wird, an. 5) Unterstützen die Mächte die Mandschus beim Widerstand gegen die Revolution, dann werden sie vom Volk als Feinde betrachtet. 6) Waffen und Munition, die den Mandschus geliefert werden, verfallen der Konfiskation.

Die dritte an die Armee gerichtete Proklamation der Revolutionäre betont nach der „A. E. C.", daß alle Chinesen Brüder sind. Bisher war dies nicht der Fall; die chinesischen Soldaten unter den Mandschus bekämpften das chinesische Volk. Die Revolution wird auch hier Wandel schaffen, denn die 4 000 000 Mandschus können den 40 000 000 Chinesen nicht widerstehen. Das Revolutionskomitee